

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 23 Nur geringer Anstieg der Auslandsverschuldung in 1999

Nach Angaben der State Administration of Foreign Exchange (SAFE) betrug die Auslandsverschuldung 151,83 Mrd. US\$ Ende 1999. Gegenüber 1998 waren damit die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland nach Abzug der Kreditrückzahlungen um lediglich 5,79 Mrd. US\$ bzw. um 5% angestiegen.

Von den Gesamtschulden entfiel der überwiegende Anteil von 136,65 Mrd. US\$ auf lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten (+7,95 Mrd. US\$). Die kurzfristigen Schulden beliefen sich auf 15,18 Mrd. US\$, dies war ein Rückgang um 2,16 Mrd. US\$ gegenüber dem Vorjahr.

Das Gesamtvolumen der 1999 neu aufgenommenen Auslandsschulden betrug 30,05 Mrd. US\$. Gleichzeitig wurden Kredite und Kreditzinsen in Höhe von 30,99 Mrd. US\$ zurückgezahlt.

Eine Aufteilung der Auslandsschulden nach Herkunft zeigt, dass auf die dem Staatsrat unterstellten Ministerien ein Anteil von 47,3 Mrd. US\$ (+13,6%) entfällt, auf Finanzinstitutionen 40,9 Mrd. US\$ (-2,6%), auf auslandsfinanzierte Unternehmen 47,3 Mrd. US\$ (+4,6%), auf inländische Unternehmen 14,71 Mrd. US\$ (-5,1%) und auf sonstige Kreditnehmer 1,62 Mrd. US\$ (keine Veränderung). (XNA, 16.5.00; HB, 16.5.00) - schü-

### 24 US-Repräsentantenhaus beschließt „permanent normal trade relations“ mit China

Noch vor der Einigung zwischen der EU und China über die Konditionen des WTO-Beitritts stimmte das US-Repräsentantenhaus am 21.5.00 mit 237 Stimmen zu 197 Gegenstimmen einem Gesetz zu, mit dem China langfristig normale Handelsbeziehungen (permanent normal trade relations = PNTR) zugestanden wur-

den. Die Normalisierung der Handelsbeziehungen hat zur Folge, dass die jährliche Vergabe der Meistbegünstigung durch die USA wegfällt und China dauerhaft dieselben Handels- und Zollvergünstigungen wie andere Länder erhält.

Um den Gegnern der PNTR im Repräsentantenhaus entgegenzukommen, sah der Gesetzesantrag verschiedene Einschränkungen im Handel mit China vor. Hierzu zählen

- eine Schutzklausel bei sprunghaften Erhöhungen der chinesischen Exporte in die USA. So kann der amerikanische Präsident noch über einen Zeitraum von 12 Jahren im Falle einer „Überschwemmung“ mit Billigprodukten aus China die Zölle erhöhen.
- Anti-Dumpingregeln, die gegenüber China wesentlich strikter als gegenüber anderen Handelspartnern sind.
- Verlängerung der Textilquoten über das Jahr 2005 hinaus, in dem das Multifaserabkommen auslaufen wird. (SCMP, 27.5.00)

Im Vorfeld der Abstimmung hatte die Clinton-Administration außerdem einen umfassenden Plan vorgelegt, mit dessen Hilfe sichergestellt werden soll, dass China nach der Aufnahme in die WTO die Bestimmungen der Welthandelsorganisation auch tatsächlich beachtet. Der Anfang Mai vorgestellte Plan beinhaltet die Beschäftigung von Außenhandelspezialisten, deren einzige Funktion die Überwachung des regelkonformen chinesischen Verhaltens ist. Für dieses Projekt ist ein Volumen von 22 Mio. US\$ vorgesehen sowie die Schaffung einer neuen Position im Handelsministerium. (AWSJ (IE), 3.5.00)

Auch an die Kritiker der Menschenrechtspolitik Chinas wurden im Vorfeld der Abstimmung über die PNTR Zugeständnisse gemacht. So schlugen beispielsweise Vertreter der Demokraten und Republikaner gemeinsam vor, eine Kommission zur Überwachung der Menschenrechte in China zu bilden. (FT, 18.5.00) Neben einer Menschenrechtskommission hat das Gesetz dann auch noch die Bildung einer

Arbeitsgruppe festgelegt, die Vorwürfen von Zwangsarbeit nachgehen soll. (NfA, 26.5.00)

Clinton wies darauf hin, dass die PNTR nicht bedeuteten, dass die USA mit allen Entwicklungen in China einverstanden sein müssten (FT, 3.5.00: „You don't have to agree with another country on everything to say you prefer to trade with them...“). Weiterhin forderte er die Öffentlichkeit auf, an den riesigen chinesischen Markt zu denken, der bei einer Zustimmung zu PNTR besser erschlossen werden könne: „There's is 1.2bn people over there and increasingly more and more of them will be able to buy what Americans can sell“.

Wenn es zu keiner Mehrheit im Repräsentantenhaus für die PNTR gekommen wäre, dann hätte diese Entscheidung zwar keinen Einfluss auf Chinas Aufnahme in die WTO gehabt. Auf die bilateralen Beziehungen hätte sich diese Entscheidung jedoch sehr negativ ausgewirkt. So hätten die US-Unternehmen, die nach China liefern bzw. sich dort niedergelassen haben, mit Diskriminierung rechnen müssen. Nach dem WTO-Prinzip der Reziprozität wäre China berechtigt gewesen, die US-Unternehmen von den angekündigten Erleichterungen beim Marktzugang auszuschließen. Unternehmen aus der EU und anderen Regionen hätten dagegen alle Vorteile der Marktliberalisierung bei der WTO-Aufnahme Chinas genießen können.

Eine Ablehnung des Antrages auf PNTR hätte jedoch auch negative Auswirkungen für die politische Führung in China mit sich gebracht. Vor allem die reform- und weltmarktorientierten Vertreter sowie die Pro-USA-Fraktion innerhalb der chinesischen Führung hätten sich scharfer Kritik im Inland ausgesetzt. Diese Gruppe hatte in den Diskussionen um den WTO-Beitritt stets das Argument vorgebracht, dass auf diese Weise die jährliche Entscheidung der USA über die Vergabe der Meistbegünstigung wegfallen würde.

Weiterhin hätten konservative Gruppen in der politischen Führung Chinas versuchen können, die Ablehnung von PNTR als Grund dafür zu nehmen, den Aufnahmeprozess in die WTO

Tabelle: Ausgewählte Produktgruppen im Handel zwischen den USA und China 1998

US-Exporte nach China	Exportwert (Mrd. US\$)	Exportanteil (in Prozent)	US-Importe aus China	Importwert (Mrd. US\$)	Importanteil (in Prozent)
Luft- und Raumfahrt	3,59	25,1	Elektronik	12,77	17,9
Energieerzeugung	2,72	19,1	Spielwaren	10,56	14,8
Elektrotechnik	1,75	12,3	Schuhe	8,0	11,2
Düngemittel	1,06	7,5	Energieerzeugung	7,62	10,7
Medizintechnik	0,68	4,8	Textilien	5,67	8,0
Kunststoffe	0,43	3,0	Möbel	3,95	5,5
Papier/Pappe	0,34	2,4	Lederwaren	2,92	4,1
Fette/Öle	0,32	2,2	Medizintechnik	2,23	2,9
Chemieprodukte	0,30	2,1	Kunststoffe	2,09	2,9
Ölsaatzgut	0,22	1,6	Eisen/Stahl	1,37	1,9

Quelle: 1998, US Department of Commerce, US International Trade Commission, nach HB, 26.5.00, S. 12.

einzufrühen und anstehende schwierige Reformschritte zu verschieben.

Der Zustimmung für die PNTR wird auch ein positiver Einfluss auf die bilateralen politischen Beziehungen zugeschrieben. Der Befürchtung Chinas, dass die USA ihren Aufstieg als Weltmacht verhindern wollte, kann mit dem neuen Handelsstatus entgegenge wirkt werden. (FT, 18.5.00)

In den USA wurde die Entscheidung des Repräsentantenhauses unterschiedlich aufgenommen. Eine Reihe von Gewerkschaften kritisierten das Gesetz, da sie durch den weiteren Import chinesischer Billigprodukte um die Arbeitsplätze fürchten. Die Organisation Citizen Trade Campaign, die Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltorganisationen umfasst, kritisierte die Zustimmung zu den PNTR als „Kapitulation der Abgeordneten“ vor der Großindustrie. (NfA, 26.5.00)

Die meisten großen US-Unternehmen, die eine starke Lobbyarbeit für die PNTR im Vorfeld geleistet hatten, begrüßten die Abstimmung. Für sie hat China als Investitionsstandort zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die US-Unternehmen mussten in den letzten Jahren jedoch in vielen Fällen ihre führende Marktposition an andere ausländische Unternehmen abgeben. So verlor beispielsweise Motorola seine dominante Position gegenüber den europäischen Herstellern Nokia und Ericsson. Der Konkurrenzkampf mit Airbus ist für Boeing immer schwieriger geworden, und selbst McDonalds steht in hartem Wettbewerb zu den lokalen Fast-Food-Geschäften. (HB, 24.5.00)

Die Beobachter der politischen Szene in den USA sehen die Entscheidung als einen Sieg Clintons an. Er habe wenige Monate vor dem Ende seiner Amtszeit die Skeptiker davon überzeugen können, dass die Normalisierung der Handelsbeziehungen der beste Weg sei, um auch politische Reform in China in Gang zu bringen. (IHT, 26.5.00) Diese Sichtweise vertraten auch viele Kritiker der chinesischen Regierung, wie z.B. Martin Lee, Vorsitzender der Demokratischen Partei in Hongkong. Lee verband die PNTR mit Chinas Aufnahme in die WTO. Würde China nicht in die WTO aufgenommen, müsste Hongkong um eine Fortsetzung der wirtschaftlichen, aber auch der politischen Reformen fürchten. (AWSJ (IE), 18.5.00)

Obwohl auch die chinesische Regierung Erleichterung über das neu verabschiedete Handelsgesetz und die damit verbundenen PNTR äußerte, kritisierte gleichwohl das MOFTEC die im Gesetz vorgesehene Überwachung der Menschenrechte als Einmischung in innere Angelegenheiten. (SCMP, 26.5.00)

Das Potenzial für eine Ausweitung der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen beiden Staaten wird als relativ groß eingeschätzt. Im Jahre 1999 lag das bilaterale Handelsvolumen nach US-Angaben bei 96,9 Mrd. US\$. (NfA, 26.5.00) Aufschluss über einige ausgewählte Produktgruppen im Handel mit den USA gibt die oben abgebildete Tabelle. -schü-

## 25 EU und China: Bilaterale Aufnahmeverhandlungen zum WTO-Beitritt Chinas abgeschlossen

Nach fünf Verhandlungstagen haben Pascal Lamy als Vertreter der EU und MOFTEC-Minister Shi Guangsheng für China am 19.5.2000 ein bilaterales Abkommen über die Aufnahme Chinas in die WTO unterzeichnet. (XNA, 20.5.00) Beide Seiten haben in den Verhandlungen Zugeständnisse machen müssen. So hat sich die EU z.B. von ihrer Forderung nach einer mehr als 50%igen Beteiligung im Telekom-Bereich verabschiedet, dafür jedoch die Zusage erhalten, den Markt zwei Jahre früher zu öffnen. Einen Überblick über die wichtigsten Verhandlungsergebnisse gibt das Dokument „The Sino-EU Agreement on China's Accession to the WTO: Results of the Bilateral Negotiations“ in diesem Heft.

Die „Highlights“ des Abkommens präsentiert die EU wie folgt:

### TELEKOMMUNIKATION

- Der Zeitplan für die Marktöffnung des Mobilfunkmarktes wurde um zwei Jahre vorgezogen. Zum Zeitpunkt des WTO-Beitritts können Auslandsinvestoren sich mit 25% an einem Unternehmen beteiligen, ein Jahr nach dem Beitritt mit 35% und im dritten Jahr mit 49%.
- Der Leasing-Markt wird innerhalb von drei Jahren für ausländische Unternehmen geöffnet, denen die Anmietung von

Kapazitäten chinesischer Unternehmen sowie der Wiederverkauf im Inland und im Ausland erlaubt wird.

Lederprodukten, Kosmetik und Alkohol. Das vereinbarte Zollniveau wird zwischen 8-10% betragen.

Pharmaprodukten, Chemikalien, after-sales-Dienstleistungen, Zigaretten und Alkohol abschaffen.

#### VERSICHERUNGSSEKTOR

- Bei der ausländischen Beteiligung in Lebensversicherungs-Joint Ventures soll eine effektive Managementkontrolle sichergestellt werden durch die freie Wahl des Partners und eine rechtliche Garantie, dass keine Einmischung in private Abkommen auf einer 50:50-Basis erfolgt.
- China wird sofort sieben neue Lizenzen für europäische Versicherungsunternehmen im Bereich Lebensversicherung und anderen Versicherungsbereichen bereitstellen. Zwei europäischen Versicherungsgesellschaften ist die Gründung in zwei neuen Städten erlaubt.
- Der Umfang des Versicherungsgeschäftes für Auslandsunternehmen wird zwei Jahre früher ausgeweitet werden als im sino-amerikanischen Abkommen vorgesehen.

- Ausländische Versicherungsmaklern wird die Tätigkeit in China zum Zeitpunkt des Beitritts auf einer 50:50-Basis erlaubt; fünf Jahre nach dem Beitritt werden keine Beteiligungsgrenzen mehr bestehen.

#### STAATSMONOPOL IM AUSSENHANDEL

- Das Staatsmonopol im Handel mit Rohöl und verarbeitetem Öl und NPK-Dünger wird mit Beginn des WTO-Beitritts schrittweise zu Gunsten privater Händler abgeschafft.
- Das Staatsmonopol beim Seidenexport - bei Seide hält China einen Anteil an der Weltproduktion von rd. 70% - wird bis zum Jahre 2005 völlig abgeschafft.

#### ZÖLLE

- China reduziert Importzölle bei mehr als 150 wichtigen europäischen Exportprodukten wie Maschinen, Keramik, Glass, Textilien, Bekleidung, Schuhen und

#### FAHRZEUGE

- Die EU-Produzenten sollen größere Flexibilität bei der Entscheidung über den Bau des Fahrzeugtyps erhalten. Projektgenehmigungen der Provinzregierungen sind bis zu einem Volumen von 150 Mio. US\$ (zuvor 30 Mio. US\$) möglich.
- Mit dem Beitritt wird China die Beschränkungen beim Joint Venture in der Produktion von Motoren abschaffen.

#### DISTRIBUTION

- China will die besonderen Auflagen an ein Joint Venture von großen Kaufhäusern (über 20.000 m<sup>2</sup>) und nahezu für alle anderen Handelsketten abschaffen.

#### LANDWIRTSCHAFT

- Der Marktzugang soll für Schlüsselagrarprodukte der EU wie Rapsöl, Milchprodukte, Nudeln, Weine und Oliven verbessert werden.
- Ein EU-China Hygieneabkommen wird sicherstellen, dass China das SPS-Abkommen der WTO anwendet und viele bilaterale Probleme löst.

#### HORIZONTALER MASSNAHMEN

- China wird Maßnahmen beenden, die den Handel stören und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen haben, einschließlich der Anforderungen an die Exportmenge und local content-Anforderungen, sowie Subventionen für industrielle Exporte.
- Das chinesische System der staatlichen Auftragsvergabe wird transparenter werden und keine ausländischen Bieter diskriminieren.
- China wird Präferenzen für ausländische Produzenten von

#### SONSTIGES

- Der Marktzugang in den Bereichen Banken, rechtliche Dienstleistungen, Rechnungsführung, Architektur, Tourismus, Bauwesen und Marktforschung wird verbessert werden.

([www.europa.eu.int/comm/trade/bilateral/china/high.htm](http://www.europa.eu.int/comm/trade/bilateral/china/high.htm))

Die drei wichtigsten Zugeständnisse der chinesischen Seite kamen nach Aussagen von Pascal Lamy erst in letzter Minute im Gespräch mit Ministerpräsident Zhu Rongji zu Stande. Hierzu zählt Lamy die Beschleunigung der Marktöffnung im Telekommunikationsbereich, die Lockerung der Lizenzregeln für ausländische Versicherer und das Ende der Beschränkungen für ausländisches Eigentum an großen Einzelhandelsgeschäften. (AWSJ (IE), 22.5.00)

Mit Blick auf die USA sagte Lamy, dass das Resultat der Verhandlungen zwischen der EU und China für die Amerikaner und die Abstimmung über die PNTR sei.

Lamy wies darauf hin, dass 96% der EU-Forderungen in den Verhandlungen durchgesetzt worden seien. Während die USA in ihrer Verhandlungsrunde im November 80% dessen erreicht hätten, was die EU auch forderte, hätten nun weitere 16-17% zusätzlicher Forderungen erfüllt werden können. ([www.europa.eu.int/comm/trade/bilateral/china/wto.htm](http://www.europa.eu.int/comm/trade/bilateral/china/wto.htm))

Beide Seiten erwarten zukünftig eine Ausweitung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Nach Angaben der EU belief sich der beidseitige Außenhandel im letzten Jahr auf 68,773 Mrd. Euro. Auf die EU-Exporte entfiel ein Anteil von 19,297 Mrd. Euro und auf EU-Importe aus China 49,476 Mrd. Euro. Damit lag China 1999 auf Rang vier der wichtigsten Lieferländer und auf Rang sieben der wichtigsten Exportzielländer. Vom Gesamtvolumen der EU-Exporte entfiel auf China ein Anteil von 2,5%; die chinesischen Ausfuhren in die EU stellten

6,4% aller EU-Importe. (EUROSTAT (COMEXT)) Brüssel, 12.4.00) -schü-

## 26 Engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Korea, Japan und China

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Südkorea im Jahre 1992 konnte die wirtschaftliche Kooperation schnell vorangetrieben werden. In den letzten Jahren ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Korea, Japan und China feststellbar. Auf einer gemeinsamen Konferenz der Länder im November letzten Jahres wurde nochmals für verschiedene Bereiche eine engere Kooperation vereinbart. Hierzu zählen Handel und Zölle, Investitionen und der Finanzsektor, Industrie, Landwirtschaft, Fischerei, Energie, Wissenschaft und Technologie, Transport und Tourismus, Telekommunikation und Umwelt. Sollten sich die Vorstellungen der engeren Zusammenarbeit realisieren, könnte die Region eine zentrale Rolle in der globalen Wirtschaft erreichen.

Allerdings weisen die Wirtschaftsbeziehungen in diesem Dreieck noch eine Reihe von Defiziten auf. Hierzu gehört das noch relativ geringe Gewicht des Intra-Handels (ermittelt in Form des gesamten Volumens des Intra-Handels dividiert durch das Gesamtvolumen des gemeinsamen Handels zwischen den drei Ländern), das 1991 bei 13,9% gelegen hat und bis 1998 auf 17,3% gestiegen ist. Auf Grund der Asienkrise ist der Anteil des Intra-Handels allerdings zurückgegangen (1996: 19,2%). Im Vergleich zum Intra-Handel innerhalb der NAFTA und der EU liegt das Volumen des Intra-Handels der drei Länder bei lediglich rd. 200 Mrd. US\$. Der prozentuale Anteil liegt in der EU bei 65,7% und in der NAFTA bei 45,3%.

Ein weiteres Merkmal der Handelsbeziehungen ist die starke Ungleichgewichtung. Während Südkorea im Handel mit Japan ein Defizit ausweist, besteht im Handel mit China ein positiver Saldo. China dagegen hat einen Überschuss in den bilateralen Handelsbeziehungen zu Japan. Die Ursachen liegen in den verschiedenen Wirtschaftsstrukturen der Länder begründet.

Auch die Investitionsflüsse zwischen Südkorea, China und Japan sind noch unzureichend. Obwohl Japan und Korea wichtige Investoren in China sind, stellt sich der Umfang der Investitionen noch eher als gering dar. Die Investitionen zwischen Japan und Korea sind rückläufig auf Grund Japans hoher Produktionskosten, dem komplexen Distributionssystem und Barrieren beim Marktzugang. Im Gegenzug werden die instabilen Bedingungen der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmen als Problem von japanischen Investoren gesehen; weiterhin schrecken komplexe Verwaltungsbestimmungen und die negative Einstellung gegenüber Japanern ab.

Obwohl noch andere Probleme bei der Ausweitung der Dreiecksbeziehung existieren, bestehen jedoch auch enorme Potenziale. So verfügt Japan über international wettbewerbsfähige Technologien in der verarbeitenden Industrie, Korea hat viele Erfahrungen der Industrialisierung in einem sehr kurzen Zeitraum sammeln können und China hat u.a. viele und kostengünstige Arbeitskräfte anzubieten. (*Korea Economic Weekly*, 20.12.99)

Obwohl die mittel- und langfristigen Kooperationsmöglichkeiten zwischen den drei Ländern als sehr gut eingestuft werden, existiert aktuell eine Reihe von Konflikten in den Wirtschaftsbeziehungen. Dies gilt beispielsweise zwischen Japan und China, da die Resentiments gegenüber Japan bei wirtschaftlichen Konflikten oft schnell in nationalistische Stimmungen gegen Japan umschlagen. Dies zeigt der Fall der japanischen Firma Toshiba. Das Unternehmen ist der führende Anbieter von Laptops in China und soll in den vergangenen fünf Jahren rd. 200.000 Geräte verkauft haben.

Um die Konsumenten bei einem aufgetretenen Fehler an einem Laptop zu kompensieren, hatte sich Toshiba in den USA Ende letzten Jahres in einem Rechtsstreit zu Zahlungen bereit erklärt. Außerhalb der USA bot Toshiba ein Software-Programm kostenlos an, um den Fehler zu beheben. Dies hat jedoch die Vertriebsgesellschaften des Toshiba-Laptops in China und die Vereinigung der Konsumenten nicht zufrieden gestellt. Die

chinesischen Medien griffen diesen Fall sofort mit Überschriften wie „Fehlende Kompensation verärgert Chinesen“ auf. (IHT, 26.5.00)

Die chinesische Konsumentenvereinigung kritisierte Toshiba in der Zeitschrift *China Youth Daily*, die Rechte der Verbraucher zu verletzen. Dem Gesetz nach müsse das Unternehmen alle Käufer des Laptops in Chinesisch über das Problem informieren. Erst nachdem die chinesischen Medien Toshiba angegriffen hätten, habe das Unternehmen reagiert und Informationen in das Internet gestellt. (XNA, 24.5.00) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 27 Weiterer Abbau von Arbeitsplätzen in den Staatsunternehmen

Nach Angaben des Arbeitsministeriums wird damit gerechnet, dass die staatseigenen Unternehmen in diesem Jahr weitere 5 Mio. Arbeitskräfte entlassen werden. Die Zahl der freigesetzten Arbeitskräfte würde sich dann im Jahre 2000 auf 11,5 Mio. belaufen. Im Jahre 1999 hatte diese Zahl 11,74 Mio. betragen. Von den freigesetzten Arbeitskräften waren 4,92 Mio. neu vermittelt worden. Ende 1999 hatte dann die Zahl der entlassenen Arbeitskräfte 6,5 Mio. (rechnerisch müssten es 6,84 Mio. gewesen sein) erreicht. Nach Angaben des Ministers für Arbeit und Soziale Sicherheit, Zhang Zuoyi, haben im letzten Jahr 90% der freigesetzten Arbeitskräfte staatliche Unterstützungszahlungen erhalten. (XNA, 8.3.00)

Proteste der Beschäftigten, die um ihre Arbeitsplätze fürchten oder auf Grund ausbleibender Lohn- und Pensionszahlungen in soziale Not geraten, hat es in den letzten Jahren wiederholt gegeben. Mitte Mai kam es in Liaoyang, einer Stadt in der nordöstlichen Provinz Liaoning, zu teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen, an denen nach unterschiedlichen Berichten 5.000 Arbeiter (Information Centre for Human Rights and Democracy, Hong Kong, 16.5.00, in SWB FE D3842/CNS 17.5.00) bzw. 2.000 Ar-